



Medienmitteilung

Zürich, 3. Juli 2025

Regierungsrat muss bei Informatikprojekten besser informieren

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzkontrolle das Vorgehen der JI beim Informatikprojekt für den Justizvollzug als zweckmässig und pragmatisch beurteilt, die freihändige Neuvergabe und die erfolgte Kostensteigerung jedoch kritisch sieht. Sie unterstützt die Empfehlungen für ein engmaschiges Controlling sowie eine verbesserte Berichterstattung zu den kantonalen IT-Schlüsselprojekten ausdrücklich.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat an ihrer heutigen Sitzung den Bericht der Finanzkontrolle zur Aufsichtsprüfung bei der Direktion der Justiz und des Innern (JI) zum gescheiterten IT-Projekt für den Justizvollzug und die Wiedereingliederung (FAJuV/ELFA) zur Kenntnis genommen. Zudem hat sie die Vorsteherin der JI, Regierungsrätin Jacqueline Fehr, zu den Feststellungen der Finanzkontrolle angehört.

Kritik an freihändiger Vergabe

Die Finanzkontrolle beurteilt das gewählte Vorgehen der JI mit dem Neustart des Projekts und der direkten Auftragsvergabe an eine neue Auftragnehmerin als zweckmässig und in weiten Teilen als pragmatisch. Aus rechtlicher Sicht sieht sie die Anforderungen für eine freihändige Direktvergabe des Auftrags über 32,7 Mio. Franken durch den Regierungsrat jedoch als ungenügend erfüllt. Die grosse Kostensteigerung und die nach wie vor vorhandenen Projektrisiken haben in der GPK zu kritischen Fragen geführt.

Auch die Begründung für die freihändige Vergabe, dass die neue Auftragnehmerin als alleinige mögliche Anbieterin faktisch über eine Monopolstellung verfüge, überzeugt die Finanzkontrolle nicht. Eine abschliessende Beurteilung des Sachverhalts könnte jedoch nur durch ein Gericht erfolgen. Trotz des Neustarts und des Einkaufs einer bestehenden Informatiklösung sieht die Finanzkontrolle beim Informatikprojekt weiterhin Risiken. Sie empfiehlt deshalb, im Rahmen der Projektsteuerung und -führung ein engmaschiges Controlling einzurichten.

Regelmässige Berichte gefordert

Zur Verbesserung der Aufsicht und Steuerung durch den Regierungsrat bei zentralen Informatikprojekten sowie zur Stärkung der Oberaufsicht durch den Kantonsrat regt die Finanzkontrolle die Einführung eines Berichtssystems an. So soll der Regierungsrat dafür sorgen, dass halbjährlich oder jährlich über alle relevanten IT-Schlüsselprojekte berichtet wird. Eine solche Berichterstattung würde es ermöglichen, dass wesentliche Entwicklungen und Massnahmen in einzelnen Informatikprojekten angemessen eskaliert und damit auf der Ebene des Regierungsrates oder der zentralen Informatikorgane SDI oder OIS formalisiert diskutiert werden können. Gleichzeitig würden dadurch die IT-Governance gestärkt und das Informationsbedürfnis des Kantonsrates bei wichtigen Informatikvorhaben besser befriedigt.

Die GPK unterstützt die Forderungen der Finanzkontrolle ausdrücklich. Sie wird sowohl das Informatikprojekt für den Justizvollzug als auch die durch den Regierungsrat und die JI



einzuleitenden Massnahmen zur Verbesserung der IT-Steuerung aus Sicht der Oberaufsicht weiterhin eng begleiten.

Kontakt:

Kommissionspräsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22